

Wir zahlen nicht für eure Krise!
Groß-Demo am 28. März,
Start: 12 Uhr, Rotes Rathaus
(www.28maerz.de)



Foto: Burkhard Lange (ND)

Unsere Frauen, diese Prachtkerle*

Von Michael Stadler (* Titel eines DDR-Zeitungsartikels)

„Die Weltbevölkerung umfasst zwei Gruppen von Menschen. Eine Mehrheit von 49 Prozent Männern und eine Minderheit von 51 Prozent Frauen“, umschrieb Wirtschafts-Manager Leif Johansson die Lage der Frauen.

In diesem Jahr wird der Internationale Frauentag 98 Jahre alt. Sein wichtigstes Anliegen war und ist die Gleichberechtigung der Frauen. Sie sind auch heute noch massiv benachteiligt. Besonders skandalös ist, dass die Bundesrepublik bei der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern europaweit nicht nur auf einem der vorderen Plätze liegt, sondern diese führende Position seit Jahren kontinuierlich „ausbaut“.

Wie viele Frauen findet man zum Beispiel in hoch bezahlten Führungspositionen? Wo ist die Chefin eines DAX-Unternehmens oder die Bankmanagerin, welche Frau trainiert eine Fußballbundesligamannschaft der Männer?

Frauen in der Politik sind heute keine Ausnahme mehr. Nach ganz oben haben es aber nur wenige geschafft. Auch in unserer Partei. In Lichtenberg ist das anders. Seit Jahren ist

Gesine Löttsch hier Bezirksvorsitzende und vertritt unseren Bezirk als direkt gewählte Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. Christina Emmrich ist die tatkräftige und erfolgreiche Bürgermeisterin Lichtenbergs, wie dies vorher Bärbel Grygier in Hohenschönhausen war. Katrin Lompscher war Stadträtin in Lichtenberg, bevor sie als Gesundheits- und Umweltsenatorin in die Berliner Landesregierung gerufen wurde. Mit Katrin Framke haben wir eine Stadträtin für Kultur und Bürgerdienste, die sich – trotz finanziell schwieriger Zeiten – für einen kulturell anspruchsvollen und bürgernahen Stadtbezirk einsetzt.

DIE LINKE ist eine Partei, die sich die Quotenregelung in die Satzung geschrieben hat und darum ringt, sie auf allen Ebenen einzuhalten. DIE LINKE in Lichtenberg hat hier keinen Nachholbedarf. Bei uns wird an der Quote nicht gerüttelt. Und wir sind damit sehr gut gefahren. 98 Jahre Internationaler Frauentag. Er ist alt. Aber nicht überlebt. Herzlichen Glückwunsch, liebe Prachtkerle!

Pro Ethik

Von Dr. Christa Sobanski,
Bildungspolitische Sprecherin der LINKEN
in der BVV Lichtenberg

Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben. Dazu gehört auch und gerade in Berlin, dass der respektvolle Umgang, z. B. zwischen Jung und Alt, Gleichaltrigen, Kind und Erwachsenem, Christen und Atheisten, Juden und Moslems gelehrt und gelernt wird. Ohne Kenntnisse vom Leben und den Wertvorstellungen des Anderen wird es kein Verständnis, keine von gegenseitigem Verstehen getragene Verständigung der gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik geben. Die Basis dafür ist das Grundgesetz. Verständnis muss dort enden, wo ein Verhalten nicht durch das Grundgesetz gedeckt ist.

Ein tragfähiges demokratisches und friedliches Miteinander kann nur dort entstehen, wo mit dem Andersdenkenden und Andersfühlenden gesprochen wird. Es entsteht nicht, wenn nur über den anderen geredet wird, und wenn das Gespräch zwischen allen Schülern und Schülerinnen einer Klasse fehlt!

Ethik ist das Pflichtfach in den Berliner Schulen, das Schülern der Klassen 7 bis 10 aller Schulformen allgemeine ethische Grundsätze vermittelt. Es bietet statt konfessioneller Separation und Indoktrination praktische Verhaltenshilfe und darüber hinaus sine ira et studio (ohne Zorn und Eifer) einen objektiven Überblick über die Religionen der Menschheit. Das fächerübergreifende Fach, in dessen Lehrplan „info links“ für seine Leser geschaut hat (Seiten 5–6), bereitet zudem bildungsmäßig und erzieherisch auf das Leben in einer vielfältigen kulturellen Welt vor. Sollte das nicht von jedem Einzelnen begrüßt werden?

In dieser Ausgabe

- Aus der Postmappe (Seite 2)
- Vorgestellt: Eine linke junge Frau. Interview mit K. Petermann (Seite 3)
- Musikerziehung für alle (Seite 4)
- Argumentation zum Volksentscheid: Pro Ethik statt Pro Reli (Seiten 5–6)
- Politische Bildung stärken (Seite 7)



Die Geschichte wieder aneignen

Sage keiner, es gäbe 2009 keine Konjunktur! Zwar ächzen Wirtschaft und Finanzwelt unseres Landes unter einer Krise von bisher kaum gekanntem Ausmaß. Dafür trägt eine Jubiläumswelle die Zunft der „Geschichtsaufarbeiter“, „Vergangenheitsbewältiger“ und „DDR-Bild-(Ver-)Zeichner“ in Schwindel erregende Höhen. Das darf man durchaus wörtlich verstehen.

Sie allein wissen, wie die DDR war und wie jedermann dort lebte, ihre „Erkenntnisse“ rasen tsunamigleich durch die gedruckten und gesendeten Medien der Bundesrepublik und reißen die historische Wahrheit mit sich fort. Auch manche Linke tun hier (fahr-)lässig mit. Geschichte aufarbeiten? Etwa wie ein altes Möbel, damit es dann wie neu aussieht? In der Tat kommen mir die DDR und mein Leben in ihr manchmal „wie neu“ vor. Vergangenheit „bewältigen“ – wie soll das gehen? Die davon sprechen, wollen Vergangenheit doch nur überwältigen!

Linken sollte es stattdessen um Geschichtsanerkennung, sogar um die Wiederaneignung von Geschichte gehen. Denn sie wird den Linken gerade in diesem Jubiläumsjahr tagtäglich gestohlen.

Übrigens schreiben einige „ihre“ Geschichte auf – für ihre Enkelkinder. Mögen es viele ihnen nachtun; denn: wer schreibt, der bleibt.

Martin Walter

Bitte spenden!

Die Berliner Volkssolidarität führt ihre diesjährige Haus- und Straßensammlung vom **1. bis 31. März** durch. Bitte unterstützen Sie unsere gemeinnützige Arbeit mit Ihrer Spende.

Volkssolidarität Berlin e.V. (BV Lichtenberg)

Der Kommissar kocht

„Tatort“ ist das Linden-Center am Prerower Platz in Hohenschönhausen. Peter Sodann, bekannt als Kommissar Ehrlicher aus der Fernseh-Krimiserie „Tatort“, folgt am 11. März um 17 Uhr einer Einladung der Bundestagsabgeordneten Gesine Lötzsch (DIE LINKE) zum Kochen. Für DIE LINKE wird Peter Sodann am 23. Mai neben Amtsinhaber Horst Köhler und Gesine Schwan bei der Bundespräsidentenwahl antreten.

Während der Fernseh-Kommissar für die Besucher des Linden-Centers den Kochlöffel schwingt, wird er aus seiner „Tatort“-Zeit plaudern. Was gekocht wird, will er noch nicht verraten: „Was Hausmännisches wird es wohl werden“, mutmaßt Gesine Lötzsch, „und natürlich wird es Kostproben geben“.

Ab dem 9. März wird es im Linden-Center außerdem einen „Kummerkasten“ geben. Besucher können hier ihre Anliegen an die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch richten.

Norman Wolf

Aus der Postmappe

Schreibt verständlicher!

„info links“ ist nach meinem Verständnis nicht nur für Politprofis und Mitglieder der LINKEN gedacht, sondern soll auch für Sympathisanten und für die Gewinnung von Wählern wichtige Informationen und Argumente vermitteln ...

Dazu scheint es wichtig, dass wichtige Fakten, z. B. zum Wirken unserer Partei in den parlamentarischen Gremien, so dargestellt werden, dass sie auch vom normalen Bürger verstanden werden können. Das wird z. B. auf Seite 4 der Ausgabe 1/09 ... schwer erkennbar, weil der normale Bürger die Modalitäten der Haushaltsplanung nicht beherrscht und die dahinterstehenden politischen Absichten bei Umschichtungen im Haushalt nicht so einfach erkennt. Nicht alle Bürger haben die Sachkenntnis von Abgeordneten ... Deshalb nochmals: Fakten und Argumente so darstellen, dass sie auch politisch weniger aktiven Menschen einleuchten ...

Rolf Schubert

● **Anmerkung der Redaktion:** Wir teilen diese Auffassung und mühen uns bei jeder Ausgabe, sprachlich, inhaltlich und in der Form verständlich zu sein. Der Fachjargon aus den Amtsstuben ist manchmal schwer zu verdeutlichen. Die „Sicht von außen“ hilft uns dabei, auch gegen „Betriebsblindheit“.

„BerlinInfo“ kritisiert

Mehrere kritische Zuschriften erreichten uns zur „BerlinInfo“, der regelmäßigen Beilage von „info links“. Sie betrafen u. a. den „Berlinpass“ sowie das „Kalenderblatt“ mit dessen Verwendung von Kampfbegriffen des Kalten Krieges („Schießbefehl“).

Die „BerlinInfo“ wird vom Landesvorstand herausgegeben. Sie ist aus Kosten- und Verteilungsgründen in „info links“ eingehettet, was manchen Leser glauben macht, „info links“ sei auch für diese Beilage verantwortlich. Die Zuschriften haben wir an die Redaktion der „BerlinInfo“ weitergeleitet.

M. W.

Bildungsstandort Lichtenberg

Zum Beitrag von Bezirksstadtrat Dr. Prüfer (Ausgabe 1/09, Seite 1) ergänzte Herr S. Lehmann: „Der Stadtbezirk Lichtenberg ist nicht nur durch die ... genannten Fachhochschulen ein Bildungsstandort. Auch der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen Berlin mit rund 1000 Studierenden dient der Stadtbezirk als ‚Kernstandort‘ ... Es gibt m. W. keinen Stadtbezirk in Berlin, der so viele Fachhochschulen mit ihrem Hauptsitz ‚beherbergt‘.“



Gegen die Pläne von Vattenfall: Umweltausschussvorsitzender Michael Grunst (links) von den LINKEN und Michael Heinisch, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne. Anfang dieses Jahres gewannen sie die BVV für einen Beschluss, mit dem der Bezirk u. a. die baulichen Dimensionen und die ökologischen Auswirkungen des Kraftwerkneubaus beeinflussen kann.



Ich muss selbst mit anpacken, wenn sich etwas ändern soll

Gespräch mit Katrin Petermann (26), Studentin der Psychologie, verheiratet, Mutter einer 3-jährigen Tochter. Katrin engagiert sich im Verein „Gemeinsam in Lichtenberg“, sie ist Mitglied des Bezirksvorstandes der LINKEN und betreut die neuen Mitglieder der Partei. Die Fragen stellte Jörg Rückmann.

● **Du steckst in den Diplomprüfungen, engagierst dich in der LINKEN und bist im Verein „Gemeinsam in Lichtenberg“ aktiv – hast du nicht irgendwann auch mal frei?**

Du wirst lachen, das geht zu Hause weiter. Mein Mann Christian leitet die BVV-Fraktion der LINKEN, da fallen politisches Engagement und Freizeit oft zusammen. Wir gehen auch gemeinsam zu Demos oder Veranstaltungen. Aber das sind Dinge, die uns Spaß machen. Natürlich treffe ich mich auch mit Freunden, gehe ins Kino oder zu Konzerten; manchmal bin ich aber auch nur froh, wenn ich meinen Haushalt schaffe. Das größte Freizeitvergnügen ist natürlich unsere Tochter Anna-Maria.

● **Im Dezember 2007 hast du mit Gesine Löttsch und einigen anderen den Verein „Gemeinsam in Lichtenberg“ gegründet ...**

Stimmt. Wir organisieren gemeinsam mit den Lichtenberger Bibliotheken die Zuckertütenfeste für die Schulanfänger – das sind fast 2 000 Kinder pro Jahr. Außerdem konnten wir im letzten Jahr durch Spenden und mit Sondermitteln der BVV den Lichtenberger Chorsommer retten. Unser Verein ist keine Konkurrenz für andere Vereine, wir möchten eher die vorhandenen Potenziale im Bezirk bündeln.

Viel Kraft stecken wir in Kinderprojekte: Wir haben zum Beispiel die Kiezdetektive von „In Via“ Karlshorst unterstützt – Kinder erkunden ihre Umwelt und entwickeln Ideen für Veränderungen und Wünsche. Du glaubst gar nicht, wie viele interessante Vorschläge dabei rausgekommen sind. Solche Kreativprojekte für Grundschulen oder Freizeiteinrichtungen haben wir dann als Vorschlag in den Bürgerhaushalt eingebracht. Die gemalten Ideen sollen auf Kiezkonferenzen, in Ausstellungen oder im Straßenbild zu sehen sein. Auch bei der Plakataktion letztes Jahr am Freiwilligentag im Rheinsteinpark waren wir dabei.

● **Euer neues Projekt heißt „Zuckiti“?**

Ja, das ist der Arbeitstitel für eine Zeitung, die Kitakinder beim Übergang von der Kita in die Grundschule begleiten soll. Hier werden Angebote des Bezirkes für die Kinder vorge-

stellt: die Naturschutzstation Malchow, das Theater an der Parkaue, die Musikschule usw. Drei Muttis von Kitakindern sind die Zeitungsmacher. Unser Maskottchen ist eine pummelige, kleine Zuckertüte mit Armen und Beinen: Zuckiti. Die erste Ausgabe kommt im April.

● **In der Partei DIE LINKE betreust du die neuen Mitglieder. Würden die ohne dich gleich wieder gehen?**



Foto: Jörg Rückmann

Natürlich nicht. Aber wenn man als Neuer in ein eingespieltes Team kommt, kann man ganz schnell von einer starren Routine geschluckt werden.

Die neuen Mitglieder sind für uns goldwert. Sie haben sich ja gerade erst für uns entschieden, wissen also am besten, was DIE LINKE attraktiv macht. Ich finde es toll, von den Neuen diese Außensicht auf unsere Partei zu erfahren. Das ist eine riesige Chance für neue Ideen – vor allem im „Superwahljahr“.

Ich nehme Kontakt zu den neuen Mitgliedern auf und lade sie zu einem Treffen ins Bürgerbüro ein. Sie sollen sich in unserer Partei wohlfühlen und DIE LINKE bereichern. Mittlerweile haben wir auch ein Neumitglieder-Wahlkampfteam gegründet.

● **2008 sind in Lichtenberg 27 neue Mitglieder in DIE LINKE eingetreten. Ist das viel oder wenig?**

Im Schnitt kommen 30 pro Jahr – es gibt aber auch Zeiten, wo 30 in einem Monat eintreten. Bei Wahlen etwa oder damals beim Fusionsparteitag. In diesem Jahr wollen wir uns speziell mit Veranstaltungen den Interessierten und Neugierigen widmen.

● **Was rätst du jungen Leuten, die sich engagieren wollen, ohne sich gleich an eine Partei zu binden?**

Junge Leute fühlen sich wohl unter Gleichaltrigen, denen empfehle ich die Jugendorganisation 'solid. Ich würde dort ja gern auch noch mitmachen, aber dafür fehlt die Zeit – und ein bisschen bin ich da auch schon rausgewachsen. Mari Weiß zum Beispiel ist über 'solid zur LINKEN gekommen und sitzt jetzt für uns im Abgeordnetenhaus.

● **Neue Leute bringen neue Ideen. Ist es schwierig, in der LINKEN etwas Neues anzuschreiben?**

Gute Ideen finden alle erstmal ganz toll. Trotzdem wird manches seit Jahren immer wieder gleich gemacht. Ich sehe das so: Eine gute Idee zu haben reicht nicht. Du musst selbst mit anpacken, wenn sich etwas ändern soll. Du kannst auch von anderen nichts verlangen, was du selbst nicht tun würdest. Auch musst du immer hinterher sein, ob bestimmte Dinge wirklich erledigt werden. Und manchmal brauchst du einen langen Atem.

● **Wann kannst du bei deiner Arbeit in der Politik oder im Verein mal so richtig jubeln?**

Wenn man eine Idee hat, die dann wächst, immer konkreter wird; und wenn am Ende etwas Greifbares dabei rauskommt – wie zum Beispiel so eine Kinderzeitung – das ist super.

● **Gibt es auch Momente, wo du einfach nur das Handtuch schmeißen willst?**

Also, so schnell gebe ich nicht auf. Aber es gab Situationen, in denen ich mich behindert gefühlt habe und deshalb traurig war. Zum Beispiel als die SPD in der BVV das Engagement der LINKEN bei den Zuckertütenfesten kritisiert hat. Das ging bis in die Medien. In solchen sinnlosen Auseinandersetzungen verpufft eine Menge Energie. Die Zuckertütenfeste werden trotzdem sehr gut besucht.

● **Was willst du nach Abschluss deines Studiums machen – eine Parteikarriere?**

Ich beende mein Studium im Herbst und denke darüber nach, noch eine Beraterausbildung zu machen. Auf jeden Fall will ich als Psychologin arbeiten. Aber meine beruflichen Ziele müssen auch immer mit den persönlichen übereinstimmen. Ich will den Leuten helfen, denen es nicht so gut geht. Das Engagement für DIE LINKE mache ich aus Überzeugung, ehrenamtlich. Auf keinen Fall will ich von der Politik finanziell abhängig sein.



Musikerziehung für alle

Dieses Erfolgskonzept in Lichtenberg ist auch mit dem Namen Katrin Framke verbunden. Mit der Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste sprach für „info links“ Inge Uessler.

● Was charakterisiert das Lichtenberger Musikschulkonzept 2010, das in Berlin und deutschlandweit Aufmerksamkeit findet?

Es ist ein Angebot für alle. Als ich vor drei Jahren meine Arbeit begann, fand ich ein von den Bezirksverordneten beschlossenes Konzept für die kostenlose frühkindliche Erziehung in den kommunalen Kitas vor. Dieses ist umgesetzt: In unseren 61 Kitas gehört musische Erziehung zum Programm und ist für alle Eltern kostenlos. Darauf bauen wir jetzt auf.

● Was war der konkrete Anlass für das „Musikschulkonzept 2010“?

Wir mussten feststellen, dass in Lichtenberg vorwiegend Kinder aus Familien mit musischer Tradition, die es sich finanziell leisten konnten, die Angebote nutzten. In Hohen Schönhausen-Nord, einem sozial schwachen Gebiet, lernten kaum Schüler ein Instrument.

Das war besonders für die Bürgermeisterin, Christina Emmrich, und die PDS-Fraktion (heute DIE LINKE) Anlass, dieses Projekt anzustoßen. Wir wissen, wie wichtig musische Erziehung für Charakter- und Persönlichkeitsentwicklung ist. Deshalb: Die kostenlose frühkindliche Erziehung bei knappen Kassen ist ein Riesenerfolg. Das heißt nicht, dass schon alle Blümenträume gereift sind, denn natürlich



muss die Musikschule gut wirtschaften, d. h., auch kommerzielle Angebote machen. Einzel- und Gruppenunterricht beispielsweise kosten Geld. Aber auch hier suchen wir ständig nach Möglichkeiten, begabten Kindern Ermäßigungen zu bieten. Die frühkindliche Erziehung zeigt Wirkungen: 2006 gab es z. B. zweitausend angemeldete Schüler an der Schostakowitsch-Musikschule, inzwischen sind es bereits fünftausend.

● Gibt es bei solch einem Zuwachs nicht Probleme mit den Räumen?

Natürlich, denn ein liebgewordener Standort wird nicht gern aufgegeben. Das ging nicht ohne Auseinandersetzungen. Wir haben aber die Mittel so eingesetzt, dass wir heute im zentralen Standort Paul-Junius-Straße 71 in deutschlandweit modernsten Musikräumen unterrichten können. Auch der 2. Standort in der Wustrower Straße 26 ist musikschulgerecht ausgebaut, und den dritten werden wir im September im Kulturhaus Karlshorst übergeben können, erst danach wird der alte in der Dolgenseestraße aufgegeben.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Saubere Denkmale

Die Blutmauer im Park an der Möllendorffstraße wird umgehend fachgerecht gereinigt. (Antrag der LINKEN, 27. BVV-Tagung). Gleichzeitig soll Bezirksstadträtin Beurich (SPD) „Schulen des Bezirks zur Übernahme von Patenschaften für Denkmale der jüngeren Geschichte anregen“.

Jugendkunstschule sichern

Die ressortübergreifende Finanzierung der Jugendkunstschule ist eines der konkreten Ziele, mit denen die Fraktion der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung an die Aufstellung des Haushaltplanes für die Jahre 2010/2011 geht.

Sternstunden würdigen

„Akteure ereignisreicher und dramatischer Wochen, denen Sternstunden der Demokratie zu verdanken“ sind – unter diesem Motto will das Bezirksamt im Herbst Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung und Vertreter der Runden Tische vor 20 Jahren in Lichtenberg und Hohen Schönhausen würdigen.

Wahlerfahrung

In gemeinsamen Veranstaltungen sollen Kommunalpolitiker der demokratischen Parteien jungen Leuten helfen, „vor Ort zu erfahren, was beeinflussbar bzw. veränderbar ist“. Damit unterstützt DIE LINKE die Jugendinitiative U18 zur Bundestagswahl.

Schulhaus wachküssen

Aus dem Dornröschenschlaf erwachen soll das Schulgebäude in der Rüdigerstraße. Auf Antrag der LINKEN wird dem Verein „Kappe e. V.“ das Gebäude für den Betrieb einer Kita sowie einer weiterführenden Schule zur Miete angeboten.

Sozialpass

Zwölf Einrichtungen des Lichtenberger Bezirksamtes beteiligen sich am „Berlinpass“ (Sozialpass). Dazu gehören sieben Häuser aus dem Kulturbereich sowie aus dem des Amtes für Weiterbildung. Die Angebote dieser Einrichtungen sind „kostengünstig, entgeltfrei oder ermäßigt“.



Volkes Entscheid

Am 26. April 2009 findet in Berlin der nächste Volksentscheid statt. Die Initiative „Pro Reli“ fordert, dass im Berliner Schulgesetz das jetzige Pflichtfach „Ethik“ und das bislang freiwillige Fach „Religion“ – beides Werte vermittelnde Fächer – zu gleichberechtigten Wahlpflichtfächern werden, zwischen denen sich Schüler und Eltern entscheiden müssen. „Pro Reli“ wird massiv unterstützt von den beiden christlichen Kirchen, von Religionsgemeinschaften und von CDU und FDP.

Einige oft gestellte Fragen möchten wir hier beantworten. Zugleich informieren wir über den Ethik-Lehrplan (Seite 6). Wir wollen zeigen, wie wichtig in unserer multikulturellen Stadt ein bekenntnisfreier Werteunterricht „Ethik“ ist, der Jugendliche unterschiedlicher Weltanschauungen in den Dialog, zur Achtung von Menschen- und Grundrechten sowie zum gegenseitigen Respekt bringt.

Unsere Empfehlung für den 26. April: **Unbedingt teilnehmen und mit Nein stimmen!**

Verletzt Berlin das Grundgesetz?

In Berlin ist Religion ein freiwilliges Unterrichtsfach, das in Verantwortung der Kirchen und Religionsgemeinschaften liegt, vom Staat aber materiell und finanziell gesichert wird. Das ist keine Entscheidung von Rot-Rot – wie uns „Pro Reli“ glauben machen will. Das hatte am 4. April 1946 die Alliierte Kommandantur befohlen. Am 13. November 1947 beschloss die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit 86 Stimmen (SPD, SED und Liberale) gegen 30 Stimmen (CDU), dass das auch im Berliner Schulgesetz verankert wird.

„Pro Reli“ erweckt vor allem den Eindruck, als stünde die Berliner Regelung im Widerspruch zu Artikel 7 des Grundgesetzes, der Religionsunterricht zum schulischen Pflichtfach erklärt. Doch in Artikel 141 des Grundgesetzes („Bremer Klausel“) wird festgelegt, dass das in den Ländern keine Geltung hat, in denen zum 1. Januar 1949 eine andere Regelung existierte. Wie in Berlin.

Die Berliner Lösung ist also seit sechs Jahrzehnten absolut konform mit dem Grundgesetz. Keine Regierung und keine Opposition haben das seitdem anzutasten versucht.

Auch die neuen Bundesländer hätten zum 3. Oktober 1990 die „Bremer Klausel“ in Anspruch nehmen können, weil in der DDR – entsprechend der Trennung von Kirche und Staat – Religion gar kein Schulfach war. Aber das hat keines der damals zumeist CDU-geführten neuen Länder getan.

Die Übereinstimmung der Berliner Lösung mit dem Grundgesetz hat auch die Evangelische Kirche vor dem Bundesverfassungsgericht akzeptieren müssen, als ihre Klage gegen den „religionsfeindlichen Charakter von Ethik“ abgewiesen wurde.

Ist nicht egal, wie und wo Werte vermittelt werden?

Nein, denn Ethik- und Religionsunterricht stellen ein Kontrastprogramm zwischen einer bekenntnisfreien und einer bekenntnisgebundenen Wertevermittlung dar.

Während der bekenntnisfreie Werteunterricht „Ethik“ Jugendliche unterschiedlichster Kulturen und Weltanschauungen im Dialog integriert, grenzt sich der bekenntnisgebundene Werteunterricht „Religion“ erst einmal von allen anderen ab; das erste Gebot des christlichen Katechismus lautet eben: „Ich bin der Herr, Dein Gott, Du sollst nicht andere Götter haben neben mir!“

Im bekenntnisfreien Werteunterricht bedeutet Toleranz gleichwertige Akzeptanz der anderen. In der bekenntnisgebundenen Wertevermittlung ist Toleranz eher eine „nach-sichtige“ Duldung anderer Auffassungen, weil man selbst ja „die wahrhafte Position“ einnimmt. So erklärte z. B. der aktuelle Papst erst vor kurzem allein die katholische Kirche zur „richtigen, weil direkt von Gott stammenden“ Kirche. Und der „Unfehlbarkeitsanspruch“ des Papstes ist Lehrgrundlage des katholischen Religionsunterrichts ...

Ist Wahlfreiheit nicht ein hohes Gut und Menschenrecht?

Selbstverständlich. Aber die Möglichkeit, zwischen einer bekenntnisfreien und einer bekenntnisgebundenen Wertevermittlung zu wählen, schafft keine wirkliche Freiheit. Wer von vornherein nur Werteerziehung aus der Sicht eines feststehenden Bekenntnisses erlebt, kann (und soll wohl auch) nicht frei seine Lebensüberzeugungen wählen.

Wahlfreiheit ist nur gegeben, wenn die Auseinandersetzung mit verschiedenen weltanschaulichen Positionen ohne Bekenntniszwang erfolgen kann.

Wäre der staatliche Einfluss bei einem Pflichtfach nicht stärker?

Die Befürworter von „Pro Reli“ behaupten das. So sei dann ausgeschlossen, dass z. B. abgrenzende Positionen gegen andere Weltanschauungen, aber auch abschätzige Bewertungen der Homosexualität, frauenfeindliche Positionen oder antijüdische Ressentiments vermittelt werden würden.

Das trifft aber nicht zu. Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG legt nämlich ausdrücklich fest: „Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“ Im Klartext: Bei Widersprüchen ist stets – trotz des staatlichen Aufsichtsrechtes – zugunsten der „Grundsätze der Religionsgemeinschaften“ zu entscheiden.

Können 270 000 Unterschriften denn irren?

270 000 gültige Unterschriften für ein Volksbegehren sind ein sehr gutes Resultat. Das gab es noch nie in Berlin. Dieses Ergebnis ist sehr ernst zu nehmen.

Aber selbst, wenn wir die Unwahrscheinlichkeit in Rechnung stellen, dass nur konfessionell gebundene Menschen ihre Unterschrift gegeben haben, unterzeichneten fast drei Viertel der ca. eine Million konfessionell gebundenen Wahlberechtigten das Volksbegehren nicht. Und das, obwohl ab Dezember 2008 die beiden christlichen Kirchen massiv in die Unterschriftensammlung eingriffen, in jedem Gottesdienst – besonders in der Weihnachtszeit – sammelten, die Kinder im Religionsunterricht mit Sammelvorgaben ausstatteten, die Aktivitäten auf alle kirchlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Altenheime usw.) ausdehnten ...

Das macht deutlich, dass offensichtlich selbst unter der konfessionell gebundenen Bevölkerung ein nicht unerheblicher Teil mit der jetzigen Regelung einverstanden ist, sich von der Kampagne „Pro Reli“ nicht angesprochen fühlt oder diese gar ablehnt. Auch das muss man ernst nehmen.

Werden am 26. April unnötig Millionen verschleudert?

Der Volksentscheid wird ca. 2,2 Mio. Euro kosten. Etwa 800 000 Euro (Druck der gesetzlich vorgeschriebenen Informationen für jeden Haushalt u. a.) würden aber auch anfallen, wenn der Volksentscheid zeitgleich mit der Europawahl stattgefunden hätte.

Mit dem gesonderten Termin entstehen etwa 1,4 Mio. zusätzliche Kosten (ca. 250 000 Euro für das „Erfrischungsgeld“ der 10 000 Wahlvorstände sowie die Portokosten für den Versand der Abstimmungsbenachrichtigungen, der Briefwahlunterlagen sowie für die Erstattung der kostenfreien Rücksendungen).

Die Europawahl und der Volksentscheid in Berlin haben nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun. Deshalb sind zwei getrennte Termine gerechtfertigt und somit auch die zusätzlichen Kosten. *Peter-Rudolf Zottl*



Ethik-Unterricht – was ist das?

Was (christlicher) Religionsunterricht ist, wissen wohl die einen oder anderen „info links“-Leser noch aus ihrer Kindheit. Aber unter dem Fach Ethik können sich viele nichts Genaues vorstellen. „info links“ hat deshalb in den Rahmenlehrplan Ethik geschaut. Er gilt für die Klassen 7 bis 10 aller Berliner Schultypen. (im Internet: unter www.berlin.de/suche/index.php?q=Rahmenlehrplan+Ethik).

Aus Urheberrechtsgründen ist unserer Zeitung der Nachdruck leider nicht möglich. „info links“ gibt deshalb nur sinngemäß die wichtigsten Vorgaben wieder.

Zentraler Gedanke dieses Lehrplanes ist, dass das Fach Ethik **religiös und weltanschaulich neutral** unterrichtet werden muss. Die Lehrenden dürfen nicht indoktrinieren. Aber natürlich ist der Unterricht **nicht wertneutral**, sondern will den Wert des Menschseins nahebringen und zu Freiheit und Demokratie erziehen. Dazu gehört z. B. die Achtung anderer Lebensweisen und Überzeugungen. Die Schüler werden angehalten, **tolerant und gewaltfrei** miteinander umzugehen.

Besonderer Wert wird auf die **interkulturelle Kompetenz** der Schüler gelegt – ein Pro-

blem, das in vielen Berliner Schulen brennend aktuell ist. Dabei geht es z. B. um die **Gleichberechtigung aller Menschen**, gleich welchen Geschlechtes und egal, woher sie stammen oder welche Muttersprache sie sprechen.

Sie sollen zu einer Haltung befähigt werden, die z. B. Behinderte nicht diskriminiert oder Menschen anderer religiöser oder politischer Anschauungen nicht verteufelt. Die Schüler sollen sich als sexuell selbstbestimmte Persönlichkeiten wahrnehmen und respektieren lernen. Der Rahmenlehrplan fordert sogar etwas, was in dieser Gesellschaft nur schwer zu verwirklichen ist: **Alle Menschen unabhängig von deren wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Stellung gleich wertzuschätzen ...**

Ethik hat mit Philosophie zu tun, also mit dem Nachdenken eines jeden Menschen über sich selbst. Und darüber, in welcher konkreten Welt mit ihren Schönheiten und Mängeln, mit ihren Gefahren und Chancen wir leben.

Das nimmt jeder auf seine Weise wahr, geleitet von Erziehung und Tradition in der Familie und der gesellschaftlichen Umwelt, die sein Bezugspunkt ist. Gerade in Berlin zeigt sich, dass wir längst keine kulturell oder ethnisch „geschlossene“ Gesellschaft mehr sind. Das macht es notwendig, allgemein akzeptable Handlungsnormen zu begründen. Dem Lehrfach Ethik kommt hierbei eine besondere

Für eine tolerante und weltoffene Stadt!
Deshalb beim Volksentscheid am 26. April:
Teilnehmen und Nein sagen!

NEIN!



Rolle zu. Hier erfahren die Schüler, dass es einerseits viele und manchmal sogar kontroverse Wertvorstellungen gibt, nach denen Menschen in unserem Kulturkreis und erst recht anderswo leben. Andererseits sollen sie durch eigenes Nachdenken zu der Erkenntnis gebracht werden, dass **Unterschiede oder gar Gegensätze eine Verständigung über einen Minimalkonsens notwendig** machen. Die Charta der Menschenrechte stellt zum Beispiel eine solche Mindestübereinkunft dar.

Nicht abstrakte philosophische Kategorien der Ethik und Moral, sondern die eigene Erfahrungswelt soll die Schüler darauf hinführen, die **unterschiedlichen ethischen Normen und Vorstellungen aus der Philosophie, den Religionen und Weltanschauungen kennenzulernen**. Dies soll kein Selbstzweck sein, sondern soll die Schüler dazu befähigen, selbstständig und ethisch begründet praktische Probleme anzugehen und vielleicht sogar zu lösen. Dabei sollen sie auch den **Wert der Solidarität** kennen- und schätzen lernen.

Staatliche Zuschüsse (in €) für den Religions- und Weltanschauungsunterricht nach Anbietern (Berlin 2006–2008)

Anbieter	2006	2007	2008 (Prognose)
Evangelische Kirche	28 502 518	27 309 122	26 797 382
Katholische Kirche	7 574 648	7 569 900	7 708 903
Humanistischer Verband Deutschlands	10 300 800	11 090 000	12 038 965
Jüdische Gemeinde	621 535	597 842	594 000
Islamische Föderation	713 300	661 052	720 000
Kulturzentrum Anatolischer Aleviten	14 491	14 920	20 000
Buddhistische Gesellschaft	6 190	7 675	10 000
Christengemeinschaft	–	4 930	15 000
Zuschüsse gesamt	47 733 482	47 255 414	47 904 250

Diese staatlichen Zuschüsse für den Religions- und Weltanschauungsunterricht stehen neben weiteren finanziellen Zuwendungen des Landes Berlin an verschiedene Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die sich aus diversen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche ergeben. (Quelle: Bericht des Berliner Senats an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 18. März 2008, Zuschüsse 2009 wie für 2008)

Religion und Schule

Rund 143 000 Schüler (von 323 000) nehmen an den öffentlichen Schulen Berlins am Religions- und Weltanschauungsunterricht teil.

Christlichen Religionsunterricht erhalten rund 73 000 evangelische und 17 300 katholische Schüler der 1. bis 13. Klassen.

Nach der Einführung des Pflichtfachs Ethik im Jahr 2006, das heute in der 7. bis 9. Klasse unterrichtet wird, wählen derzeit knapp 20 Prozent christliche Religion als freiwilliges Zusatzfach. Dabei ist die Gesamtschülerzahl in Berlin bekanntlich zurückgegangen.

Lebenskundeunterricht des Humanistischen Verbandes wählten 47 000 Schüler, und die Islamische Föderation unterrichtet an öffentlichen Schulen 4 600 Schüler.

Jüdischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen bekamen rund 100 Schüler, buddhistischen 40.

(Quelle: Statistik der Schulverwaltung, Oktober 2008)

Linke Handschrift im Bezirk

Foto: Joachim Pampel



Stadtteilarbeit, Stadtteilzentren, Stadtteilmanagement – das sind Schlüsselbegriffe für eine soziokulturelle Landschaft in Lichtenberg, die den Anforderungen der Bürgerkommune gerecht wird. Und es sind Schwerpunkte, denen sich die BVV-Fraktion der LINKEN in diesem Jahr zuwenden will.

Auf einer Klausur am letzten Februarwochenende berieten die 24 Bezirksverordneten und 4 Bezirksstadträte, wie sie bei der Umsetzung des kommunalpolitischen Beschlusses der Hauptversammlung unserer Partei auch im „Superwahljahr“ mit den Mitteln des „Bezirksparlamentes“ wichtige gemeinnützige Akzente setzen können.

Einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben ist und bleibt auch für den Doppelhaushalt 2010/2011 Dreh- und Angelpunkt unserer Bezirkspolitik. Seine linke Handschrift

Kirill Jermak, Maja-Helen Feustel, Gesine Löttsch, Christian Petermann und Peter Fischer (v. l. n. r.) auf der Klausur der BVV-Fraktion

kann man an zunehmender Transparenz, wirksamerer Bürgerbeteiligung (Bürgerhaushalt) und an ungebrochenem sozialem Engagement erkennen.

Aber auch die Berliner Schulstrukturreform braucht die linke Einflussnahme. So könnte der Sekundarschulansatz von Senator Zöllner ein Sprungbrett zu künftigen Gemeinschaftsschulen sein. Und selbstverständlich wird die Anpassung des Lichtenberger Schulentwicklungsplanes bis 2010/2011 an die aktuellen Gegebenheiten von dieser Fraktion aktiv begleitet. Schließlich ist er vor allem unter Verantwortung der LINKEN entstanden.

Joachim Pampel

Politische Bildung

Für das Jubiläumsjahr 2009 hat sich die AG Politische Bildung beim Bezirksvorstand viel vorgenommen. Sie will historische Jahrestage nutzen, sachkundig in die aktuell-politische Debatte einzugreifen und die Sicht der LINKEN zu vermitteln.

Inzwischen hat ein erstes Seminar zur Führung der Programmdebatte stattgefunden. Es wird fortgesetzt und soll dazu befähigen, selbst Debatten zu programmatischen Themen zu leiten und über die eigene BO hinaus im Bezirksverband Veranstaltungen zur politischen Bildung zu organisieren.

Am 11. März, 18.30 Uhr, lädt die AG Politische Bildung zu einem Gedankenaustausch

zum 60. Jahrestag der NATO-Gründung ein, auf der Dr. Hans Voß vom Verband für Internationale Politik und Völkerrecht die Rolle des Nordatlantikpakts in Vergangenheit und Gegenwart darstellen wird. Deutlich werden wir herausarbeiten, warum dieses Jubiläum wahrlich kein Grund zum Feiern ist.

Im April ist eine Veranstaltung mit Erhard Crome vom Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „EU-Europa und der Vertrag von Lissabon“ geplant.

Zu diesen und anderen Problemen will die AG Politische Bildung einen Gedankenaustausch in den BOs anstoßen. Alle Interessenten sind herzlich zum Mittag eingeladen.

Marga Voigt, AG Politische Bildung

Veranstaltungen

- **Montag, 9.3., 19 Uhr**
„Für eine Stadt der Vielfalt“, öffentliche Frauentagsfeier mit Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner; Klubraum, Sporthalle am Anton-Saefkow-Platz
- **Mittwoch, 11.3., 18.30 Uhr ***
„60 Jahre NATO“, Forum der Arbeitsgemeinschaft Politische Bildung, mit Dr. Hans Voß, Botschafter a. D.
- **Freitag, 13.3., 11 Uhr**
Gedenken der Opfer der Märzkämpfe 1919; Blutmauer, Möllendorffstraße
- **Sonnabend, 14.3., 10 Uhr**
Kiezspaziergang an der Rummelsburger Bucht, mit Christina Emmrich; Treffpunkt: Hauptstraße 4
- **Mittwoch, 18.3., 18.30 Uhr ****
Beratung mit den Sprechern Hohenschönhausen
- **Sonntag, 22.3., 10 Uhr ***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Über die kirchliche Friedensbewegung in der DDR“, mit Prof. Heinrich Fink
- **Wochenende, 28./29.3.**
Sonnabend, 28.3., 10 Uhr: 2. Landesparteitag Berlin der LINKEN, 2. Tagung; Sonntag, 29.3., 10 Uhr: Landesvertreterversammlung Berlin der LINKEN; Veranstaltungsort jeweils: „andel's Hotel“, Landsberger Allee 106
- **Freitag, 3.4., 10-12 Uhr**
Dr. Gregor Gysi (MdB) zu Gast in der Veranstaltung „Der besondere Freitag“ in der Kiezspinne: „Zur aktuellen politischen Lage“; Schulze-Boysen-Straße 38

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Vertreterversammlung

Der Bezirksvorstand beruft die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN zur Wahl der Vertreter zur Landesvertreterversammlung ein:

- **Montag, 23. März 2009, 18 Uhr**
CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84 (Straßenbahnlinien 8, 21 und 27 bis Siegfried-/Ecke Herzbergstraße)
- **Vorläufige Tagesordnung**
→ Konstituierung
→ Zur aktuellen Situation
→ Diskussion
→ Wahl der Vertreter zur Landesvertreterversammlung



Von Siemens-Plania zu Dong Xuang



Foto: Jörg Rückmann

Blick in das Dong-Xuan-Center in der Herzbergstraße. Hier produzierten früher Siemens-Plania und später der VEB Elektrokohle. Abriss, Um- und Neubau auf diesem alten Industriegelände zeigt das Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstraße 24, in einer sehenswerten Dokumentation von Peter Badel und Holger Herschel. Eröffnung ist am 20. März um 17 Uhr.

Buchtipps



Strafrecht im Osten

Mit der Geschichte des Strafrechts der DDR hat der Autor auch ein Stück Geschichte der DDR geschrieben. Sie ist auch für Nicht-Juristen gut lesbar. Die Verpflichtung aus dem Potsdamer Abkommen, Nazi- und Kriegsverbrechen zu verfolgen und zu bestrafen, hat die DDR mit ihren Volksrichtern viel besser erfüllt, als es in der BRD geschah. Dort verblieben etwa 90 Prozent der alten Nazirichter, während in der DDR ebensoviel gehen mussten.

Weitgehende Folgen hatte die durch Adenauer betriebene Spaltung Deutschlands. Ein großer Teil der Kriminalität war dieser Spaltung direkt und indirekt geschuldet. Dennoch konnte bei dem überwiegenden Teil der Straftäter dank zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte mit Strafen ohne Freiheitsentzug reagiert werden. Zuletzt betrug die Kriminalität in der DDR pro 100 000 der Bevölkerung nur ein Zehntel der der BRD. An der eigenständigen Rechtsentwicklung in der DDR war der Autor wesentlich mit beteiligt.

Gudrun Benser

- Erich Buchholz: **„Strafrecht im Osten. Ein Abriss über die Geschichte des Strafrechts der DDR“**, Kai Homilius Verlag 2008, ISBN 978-3-89706-857-5, 58 €

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/09: 27.2.2009

Redaktionssitzungen für Ausgabe 3/09:

Mittwoch, 11.3. und 25.3., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.3.

Die nächste Ausgabe erscheint am 2.4.2009

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 6.3., 19 Uhr**
„Rockbühne 2009“, Konzert der Schostakowitsch-Musikschule; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Freitag, 6.3., 19.30 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Andreas Reiter-Raabe, Maler und Konzeptkünstler; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60
- **Sonabend, 7.3., 14 – 18 Uhr**
„Kunstrummel“, Kunstmarkt mit offener Werkstatt, Druckgrafik; Jugendkunstschule, Demminer Straße 4
- **Sonabend, 7.3., 19 Uhr**
Uraufführung: „Transit“, nach dem Roman von Anna Seghers; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Sonntag, 8.3., 14 Uhr**
Start einer neuen Veranstaltungsreihe zum Gedenken und Erinnern an Mädchen und Frauen, die in der Nazizeit in Konzentrationslager deportiert wurden; KULT-schule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 11.3., 19.30 Uhr**
„Lichtenbergs Zwölf“: Der Dichter und Dramatiker Rolf Hochhuth zu Gast, Eintritt 5/3 €; Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Donnerstag, 12.3., 19.30 Uhr**
Ausstellungseröffnung: Paul Milmeister (Berlin), Oleg Yankilevich (Kaliningrad), Künstlerporträts; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonntag, 15.3., 16 Uhr**
250. Todestag von Händel: „Capella Vitalis Berlin“ spielt auf historischen Instrumenten, Eintritt 18 €; Schloß Friedrichsfelde
- **Sonntag, 15.3.**
Seniorenachmittag: Tanz in den Frühling; Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Straße 3–9
- **Freitag, 20.3., 19 Uhr**
Konzert der Preisträger des Gitarrenwettbewerbs 2009 der Schostakowitsch-Musikschule, Eintritt 3/2 €; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Donnerstag, 26.3., 19.30 Uhr**
Literarisches Porträt: „Schiller und die Frauen“ zum 250. Geburtstag des Dichters; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Freitag, 27.3., 19.30 Uhr**
Lesung mit Hartmut Reiber: „Grüß mir den Brecht. Das Leben der Margarete Steffin“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonabend, 28.3., 18 Uhr**
Jazz-Standards und Songs aus der Zeit von Frank Sinatra, Eintritt 18 €; Schloss Friedrichsfelde (Tierpark)